

Geschäftsstelle EVP BE
Postfach 294
3000 Bern 7
Tel. 031 352 60 61
Mail: info@evp-be.ch

Erziehungsdirektion des Kantons Bern
Mittelschul- und Berufsbildungsamt
Kasernenstrasse 27
3000 Bern 22

per E-Mail an:
info.vernehmlassungen@erz.be.ch

Bern, 13. April 2013

Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerG) (Änderung) Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nimmt die Evangelische Volkspartei (EVP) gemäss Ihrem Schreiben vom 11. Januar 2013 Stellung zur Revisionsvorlage des BerG.

Grundsätzliches

- Die EVP teilt die Auffassung, dass im Bereich der Finanzierung der höheren Berufsbildung Handlungs- und Reformbedarf besteht und anerkennt auch die Gründe, die angeführt werden. Der "Wildwuchs" bei den Angeboten der höheren Berufsbildung muss so weit wie möglich beseitigt werden, ohne die individuellen Bedürfnisse der betroffenen Branchen zu ignorieren. Hier muss der Kanton seine Führungsrolle wahrnehmen.
- Wir sind gegen einen Alleingang des Kantons Bern in dieser Frage (der Bund kennt zum Beispiel keine Subjektfinanzierung) und gegen ein Vorpreschen des Kantons Bern, bevor die laufenden eidgenössischen Gesetzes- und Finanzierungsrevisionen (Weiterbildungsgesetz, SBFI-Projekt zur Stärkung der höheren Berufsbildung, politische Vorstösse im Parlament) abgeschlossen sind.
- Der Vorschlag erscheint als weitere Sparmassnahme in der Berufsbildung, obschon der Bund die Beiträge seit Jahren erhöht (gerade jetzt im Bereich der Berufsprüfungen und höheren Fachprüfungen von 20 auf 60, bzw. 80 Prozent!). Das ist ungerecht und führt auf der Tertiärstufe zu einer weiteren Verschlechterung und Verteuerung der weiterbildungswilligen Berufsleute in der höheren Berufsbildung (Tertiär B) gegenüber den akademischen Lehrgängen der Tertiärbildung A.
- In diesem Zusammenhang verlangt die EVP, dass die vom Bund gesprochenen Beiträge auch wirklich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der höheren Berufsbildung zu-

gute kommen und nicht als Sparmassnahme im Finanzplan verschwinden, wie dies im Entlastungspaket 2012-2015 gemacht wurde.

- Durch die zum Teil massive Verteuerung der Angebote für junge Berufsleute werden diese immer wie mehr von diesen Bildungsgängen ausgeschlossen, was wirtschaftlich (Stichwort Fachkräftemangel) und sozialpolitisch fatal ist. Sie wird ebenfalls zur Abwanderung von interessierten Fachleuten in andere Kantone mit günstigeren Angeboten führen und den Trend hin zu vornehmlich schulischen/akademischen Angeboten verstärken, die den finanziell angeschlagenen Kanton viel mehr kosten als die vornehmlich von der Wirtschaft getragenen Weiterbildungsangebote im Bereich der Tertiärbildung B.
- Die vielen "kann"-Formulierungen im Entwurf bieten den Betroffenen keine Sicherheit in Bezug auf die Umsetzung und sind ein schwaches Bekenntnis des Kantons für die Förderung der höheren Berufsbildung.
- Grundsätzlich erwartet die EVP, dass das MBA mit dem am stärksten betroffenen OdA's (z.B. Schreinermeisterverband), den Höheren Fachschulen (z.B. Hotelfachschule Thun) und den Anbietern der Vorbereitungskurse Kontakt aufnimmt, um mit ihnen mögliche Vereinheitlichungen und Effizienzsteigerungen bei den Angeboten und die individuellen "Schmerzgrenzen" bei den Gebühren zu diskutieren und gegebenenfalls angepasste Lösungen festzulegen.

Zu den im Schreiben gestellten Fragen nehmen wir wie folgt Stellung:

Wechsel auf Pauschalfinanzierung der Höheren Fachschulen (HF)

Die EVP steht dem Wechsel zur Pauschalfinanzierung bei den höheren Fachschulen (HF) grundsätzlich positiv gegenüber. Allerdings müssten unserer Meinung nach die Pauschalen nicht gesenkt (vorgesehen ist eine Reduktion der Ausgaben des Kantons an die HF um jährlich 3,2 Mio.!), sondern erhöht werden, um die HF gegenüber den Fachhochschulen und Hochschulen nicht noch mehr zu benachteiligen. Mit den vorgeschlagenen Pauschalen erhöhen sich die Studiengebühren zum Teil um über 300 Prozent (Techniker HF Produktionstechnik): Das darf nicht sein!

Wechsel von der Aufwand- zur Subjektfinanzierung bei den Vorbereitungskursen (VK)

Auf Grund der Bemerkungen unter "Grundsätzliches" lehnt die EVP den Wechsel zur reinen Subjektfinanzierung vehement ab, da diese vor allem in den gewerblich-industriellen Berufsfeldern zum Teil zu massiv höheren Kosten führt (zum Beispiel Gärtnerpolier von Fr. 5'150.- auf neu Fr. 11'620.-). Zudem würden bei dieser Finanzierungsart Gelder gesprochen, ohne auf die Leistungen, die Qualität und die Lektionenzahl des Angebotes und die Rahmenbedingungen Rücksicht zu nehmen.

Die EVP bevorzugt deshalb bei der Finanzierung der VK einen Mix zwischen Subjekt- und Angebotsfinanzierung, wobei wir uns bei der Angebotsfinanzierung auch eine Plafonierung in mehreren Stufen (z.B. drei Obergrenzen, je nach Lektionenzahl des Angebotes) vorstellen könnten. Beim Subjektbetrag könnte ins Auge gefasst werden, diesen nur bei erfolgreicher Prüfung auszahlend (analog Kanton Aargau).

Gleichbehandlung von kantonalen und privaten Anbietern

Die Gleichbehandlung von öffentlichen und privaten Anbietern in der vorliegenden Form ist abzulehnen. Es darf nicht sein, dass gewinnorientierte Unternehmen durch den Staat indirekt subventioniert werden, ohne die Qualität ihrer Angebote zu überprüfen! Die privaten Anbieter müssen punkto Qualität den gleichen Vorgaben unterstellt werden, wie die entsprechenden Ausbildungsgänge an den Berufsfachschulen. Der Kanton muss mit den Privaten also Leistungsvereinbarungen entsprechend den kantonalen Schulen abschliessen und diese auch kontrollieren. Alles andere wäre eine enorme Marktverzerrung und würde die kantonalen Anbieter über kurz oder lang vom Markt ausschliessen.

Daneben lehnt die EVP jede Anpassung (genannt "Flexibilisierung") der Gehälter der Lehrkräfte an kantonalen Schulen nach unten ab, da es nicht sein kann, dass eine Lehrkraft beim Unterrichten an der höheren Berufsbildung weniger verdient, als wenn die selbe Lehrperson auf der Sekundarstufe II unterrichtet. Dies würde zu einer Abwanderung von kompetenten Dozenten und zu einer massiven Qualitätsverschlechterung oder sogar zur Schliessung von Tertiär-B-Angeboten an Berufsfachschulen führen.

Angebote mit erhöhtem öffentlichen Interesse

Die zusätzliche Unterstützung von Angeboten mit besonderem Interesse, zum Beispiel im Bereich der Gesundheitsversorgung, findet die EVP angebracht. Allerdings sollte der Kanton diese Regelung grosszügig auslegen, da unserer Meinung nach sehr viele Angebote (auch gewerblich-industrielle) besonders wertvoll und für die Wirtschaft und die Öffentlichkeit des Kantons grundlegend wichtig sind. Werden zu wenig Angebote speziell gefördert, droht eine Abwanderung der Studierenden zu (günstigeren) Angeboten in anderen Kantonen.

Freizügigkeit für die Studierenden

Die EVP ist mit den vorgeschlagenen Formulierungen einverstanden.

Haushaltneutrale Umsetzung

Der haushaltneutralen Umsetzung wird nur zugestimmt, wenn die (erhöhten) Beiträge des Bundes in die Rechnung einbezogen werden. In den zur Zeit vorliegenden Berechnungen ist dies nicht der Fall. Im Gegenteil: Die neue Finanzierung der höheren Berufsbildung wird gemäss Entlastungsprogramm auf Kosten der weiterbildungswilligen Berufsleute zu einer Sparübung von jährlich 1,5 Mio. Franken, anstatt dass der Kanton die Ausbildungen der Tertiärstufe B fördert!

Fazit

Zusammenfassend wird festgehalten, dass die EVP die Revisionsvorlage in der vorliegenden Form grundsätzlich zurück weist. Der Wechsel zur reinen Teilnehmerfinanzierung bei den Vorbereitungskursen wird abgelehnt. Private Anbieter dürfen nur subventioniert werden, wenn sie die Anforderungen des Kantons für die Angebote an Berufsfachschulen erfüllen. Wir fordern, dass die zusätzlichen Mittel des Bundes für die höhere Berufsbildung direkt der Berufsbildung zu Gute kommen und nicht als Sparmassnahme in der Kantonskasse verschwinden. Schliesslich ist es wichtig, dass der Kanton Bern betreffend der Finanzierung der höheren Berufsbildung keinen Alleingang unternimmt, sondern zuerst die eidgenössischen Regelungen abwartet.

Für die Aufnahme unserer Hinweise und Überlegungen danken wir Ihnen bestens.

Mit freundlichen Grüssen



Philippe Messerli
Co-Geschäftsführer EVP Kanton Bern